

Wenn ein Land altert

Auswirkungen des demographischen Wandels auf Österreichs Kommunen

Der Geburtenrückgang und der schon seit langer Zeit laufende gravierende Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung werden in Österreich hauptsächlich als Problem für Pensionssicherung, Gesundheitssystem und Altenbetreuung wahrgenommen. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur wirkt sich aber nicht nur in diesen speziellen Bereichen der sozialen Sicherheit durch Finanzierungsprobleme aus. Der Wandel wirkt auf alle Lebensbereiche. Auf kommunaler Ebene werden beispielsweise Auswirkungen auf Wohnungsmarkt, Infrastruktur, Finanzen, Arbeitsmarkt und Wirtschaft zu erwarten sein. Damit verändern sich auch die finanziellen Ressourcen und der Handlungsspielraum und das bringt neue bzw. zusätzliche Herausforderungen für die Kommunen. Rudolf K. Schipfer vom Österreichischen Institut für Familienforschung hat zum Thema demographischer Wandel und dessen Auswirkungen auf Österreichs Städte und Gemeinden ein Working Paper verfasst, das in gekürzter Form hier wiedergegeben wird.

Die österreichische Bevölkerung wird laut Bevölkerungsprognose von Statistik Austria in den kommenden 30 Jahren noch weiter wachsen. Regional sind allerdings unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten, denn neben Bundesländern mit Bevölkerungswachstum wird es solche mit schrumpfender Bevölkerung geben. Neben den drei westlichen Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg haben auch Wien und Niederösterreich noch kräftige Bevölkerungszuwächse zu erwarten. In Oberösterreich werden die Zuwächse etwas geringer ausfallen, während die Bevölkerungszahl des Burgenlandes stagniert. In der Steiermark und in Kärnten werden Rückgänge zu verzeichnen sein. Dabei wird deutlich, dass bis 2031 die Einpersonenhaushalte stark zunehmen und die Haushalte mit vier oder mehr Personen stark abnehmen werden.

Die Bevölkerungsentwicklung unterhalb der Bundesländerebene lässt sich durch Betrachtung der Regionen der dritten Ebene der NUTS*-Gliederung erkennen. Hier zeigt sich, dass die nachteilige Entwicklung in manchen Regionen in der jüngeren Vergangenheit auch in den nächsten 30 Jahren weitergehen wird. Die Tabelle zeigt deutlich, dass besonders die Stadtumlandregionen weiterhin ein starkes Bevölkerungswachstum erwarten können.

*NUTS ("Nomenclature des unit's territoriales statistiques") ist eine dreigliedrige europaweite statistische Gebietseinheiten-Systematik.

Österreich wird älter

Die Bevölkerungen werden wie auf gesamtösterreichischer Ebene auch in den neun Bundesländern stark altern, wobei hier innerhalb der Bundesländer deutliche regionale Unterschiede zu beobachten sein werden. Die Anteile der über 60-Jährigen werden auch in Zukunft im Osten und Süden Österreichs höher als im Westen sein. Die Ausnahme in der Ostregion bildet die Bundeshauptstadt Wien. Die relativ stärksten Zuwächse der über 60-jährigen Bevölkerung sind im Westen Österreichs zu erwarten. In Tirol, Vorarlberg und Salzburg wird sich die Zahl der über 60-Jährigen bis 2050 circa verdoppeln. Oberösterreich und Niederösterreich liegen mit ihren Zuwächsen etwas über dem Bundesdurchschnitt. Der Osten (ausgenommen

Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Bezirken			
höchster Bevölkerungszuwachs bis 2031	Indexwert (2001=100)	höchster Bevölkerungsrückgang bis 2031	Indexwert (2001=100)
Wien 22., Donaustadt	135	Leoben	77
Wien 11., Simmering	129	Hermagor	83
Korneuburg	121	Judenburg	83
Wien Umgebung	120	Murau	84
Tulln	119	Gmünd	86
Innsbruck-Land	118	Mürzzuschlag	87
Gänserndorf	118	Zwettl	87
Kufstein	118	St. Veit a. d. Glan	88
Schwaz	117	Bruck a. d. Mur	88
Urfahr-Umgebung	115	Wolfsberg	88
Graz-Umgebung	115	Knittelfeld	89
Salzburg-Umgebung	115	Spittal a. d. Drau	89

Quelle: ÖROK-Prognosen 2005, p. 110f

Niederösterreich) und der Süden Österreichs verzeichnen hingegen aufgrund des höheren Ausgangsbestandes deutlich unterdurchschnittliche Zunahmen der Zahl älterer Menschen. Den relativ schwächsten Zuwachs an über 60-Jährigen hat langfristig Wien, gefolgt von Kärnten und der Steiermark.

Dieser Entwicklung entgegengesetzt werden Zahl und Anteil der unter 15-Jährigen bis auf Wien langfristig in allen Bundesländern zurückgehen. Liegt der Kinderanteil derzeit in allen Bundesländern im Großen und Ganzen über 15 %, so wird er im Jahr 2030 im durchschnittlich unter 15 % liegen. Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 60 Jahren steigt vorerst in allen Bundesländern noch an, lediglich Kärnten wird bereits kurzfristig eine Reduktion verzeichnen. Mittel- und langfristig können aber nur Nieder- und Oberösterreich und vor allem Wien mit Zuwächsen rechnen.

Auswirkungen auf Gemeinden in Stadt und Land

Kommunen sind vom demographischen Wandel in besonderem Maße betroffen, denn ihnen obliegen die unmittelbare öffentliche Daseinsvorsorge und die Ausgestaltung des persönlichen Lebensumfeldes. In vielen Bereichen geht der Bedarf wie etwa bei Schulen und Kinderbetreuung zurück, in anderen weitet er sich aus wie z. B. bei Pflege und Altenbetreuung. Gleichzeitig verändern sich die finanziellen Handlungsspielräume, denn durch den demographischen Wandel werden die finanziellen Ressourcen und damit die Bewegungsspielräume eingeschränkt. Kleiner werdende Familien und kinderlose Lebensformen führen dazu, dass die Zahl älterer Menschen ohne Kinder bzw. Enkel steigen wird. Damit wird der Unterstützung und Förderung außerfamiliärer Netzwerke ein größerer Stellenwert einzuräumen sein. Zudem ist durch die Zunahme von Hochbetagten und die Zahl der Pflegefälle im Zusammenhang mit der steigenden Frauenerwerbstätigkeit von einem Rückgang des innerfamiliären Pflegepotentials auszugehen, wodurch die Inanspruchnahme stationärer Pflege steigen wird.

Viele Städte werden in Zukunft teure Städte sein, denn die Erhaltung von Gebäuden und Infrastruktur muss von immer weniger Einwohnern finanziert werden. Eine Studie erwartet beispielsweise für die

schrumpfenden Städte Nordrhein-Westfalens, dass zukünftig benachteiligte Bevölkerungsgruppen - Arme, Alte, Ausländer - die Stadtgesellschaft dominieren werden. Die Gründe liegen neben der demographischen Alterung und der Zuwanderung in der selektiven Abwanderung der Mittelschichten aus den Städten. Hier wird es notwendig sein, sowohl soziale Integration als auch Identifikation der Bewohner von Städten bzw. Stadtteilen mit ihrem unmittelbaren Lebensraum zu fördern. Eine Möglichkeit zur Entschärfung zukünftiger Probleme in Städten sind Bürgerbeteiligungsmodelle, die auch sozial Benachteiligte erreichen und einen kurzfristig sichtbaren Nutzen für misstrauische und arme Menschen in sozial instabilen Nachbarschaften bringen.

Die mit den Abwanderungen der letzten Jahre verbundene geringere Siedlungsdichte in ländlichen Regionen zeigt vielfach schon jetzt die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs wie zum Beispiel eine Verringerung der Versorgungsqualität der Bewohner und des finanziellen Handlungsspielraumes der Gemeinden. Im Gegensatz dazu verzeichneten Orte in den Stadtumlandregionen Bevölkerungszuwächse durch den Zuzug aus den Kernstädten. Diese Gemeinden haben dadurch oft eine relativ junge Altersstruktur. Damit wird die



Werden leere Spielplätze künftig zum Stadtbild gehören?

klassische Unterscheidung zwischen Stadt und Land aber zunehmend fragwürdig, denn die anhaltende Attraktivität weniger dicht besiedelter Gebiete als Wohnort für urban geprägte Menschen verstärkt städtische Wertvorstellungen und individualisierte Lebensformen in ländlichen Siedlungen.

Perspektiven

Überregionale Planung und Zusammenarbeit:

Im kommunalen Bereich sind Planung, Koordination und Kooperation in größeren regionalen und kommunalen Zusammenhängen unabdingbar. Das gilt besonders für Städte und ihre Umlandregionen, damit nicht Gemeinden aus finanzwirtschaftlichen Überlegungen in einen ruinösen Wettbewerb um Einwohner schlittern, mit all den damit verbundenen Auswirkungen auf die untereinander in Konkurrenz stehenden Kommunen. Bei ländlichen Gemeinden geht es dabei um die Nutzung von Synergieeffekten, denn Wachstum und Schrumpfung werden innerhalb von Regionen nebeneinander anzutreffen sein.

Den Realitäten ins Auge sehen: Es gibt Gemeinden, die aus heutiger Sicht schlechte Perspektiven haben. Hier ist es wichtig, rechtzeitig und solange noch Handlungsspielraum besteht Maßnahmen (Entwicklungsprozesse, Um- oder Rückbau etc.) einzuleiten. Statt reaktiver, kurzfristiger Maßnahmen sind hier langfristige Zielentwicklung und strategisches Handeln und Planen von Bedeutung.

Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger: Der Staat kann den demographischen Wandel nicht allein bewältigen. Er wird sich vermutlich an vielen Stellen weiter zurückziehen müssen. Deshalb braucht es mehr denn je freiwillige soziale Netze und Personen, die sich ehrenamtlich engagieren.

Ressourcenorientierung statt Problemorientierung: Ressourcenorientierte Daten über engagierte Personen und Institutionen, Lebensqualität, soziale Netzwerke etc. sind so gut wie nicht vorhanden. Doch gerade diese ressourcenorientierten Daten sind für eine kooperative Kommunalentwicklung und positive Profilentwicklung von Gemeinden unerlässlich.

Familienorientierung als Standortfaktor der Zukunft: Familienorientierung - bisher eher als eine Frage der Lebensqualität gesehen - entwickelt sich angesichts der demographischen Entwicklung zu einem Wirtschafts- und Standortfaktor. Gerade die Jugend und junge Erwachsene stehen für Dynamik, Innovation, Experimentierfreudigkeit und Unternehmergeist. Städte und Regionen, in denen Familien gut leben und arbeiten können, sind für die Zukunft ökonomisch besser gewappnet. Eine familienfreundliche Umgebung entsteht allerdings nicht von selbst, sondern erst durch gezieltes politisches und wirtschaftliches Handeln. Gemeinden und Regionen, denen es gelingt, ein familienfreundliches Klima zu schaffen, haben auf lange Sicht auch wirtschaftlich bessere Perspektiven. | **Rudolf K. Schipfer**

INFO Literatur: Rudolf Karl Schipfer: Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich. Auswirkungen auf Regionen und Kommunen. ÖIF-Working Paper Nr. 51. Wien 2005
Kontakt: Mag. Rudolf Karl Schipfer, Österreichisches Institut für Familienforschung
 Tel: +43-1-5351454-12, E-Mail: rudolf.schipfer@oif.ac.at

Ein Kind für China?

Chinas Ein-Kind-Politik ist im Umbruch

Während sich europäische Länder um sinkende Geburtenzahlen sorgen, setzt man im bevölkerungsreichsten Land der Erde (1,3 Milliarden Einwohner) die international oft als menschenrechtsverletzend kritisierte Geburtenkontrolle der Ein-Kind-Politik fort, obwohl die durchschnittliche Kinderzahl fast auf EU-Niveau liegt. Es hat aber Lockerungen gegeben. Mittlerweile ist nur etwa jedes fünfte Kind in China ein Einzelkind. Der folgende Beitrag skizziert Ursprünge und jüngste Entwicklungen seit Einführung der Ein-Kind Politik vor 27 Jahren.

Als die Volksrepublik China 1949 gegründet wurde, lebten dort 540 Millionen Menschen, nur drei Jahrzehnte später waren es bereits 800 Millionen. In "Weltprozenten" ausgedrückt stellte China damals ein Viertel der Erdbevölkerung, hatte aber nur 7% der weltweit agrarisch nutzbaren Fläche zur Verfügung. Bei steigendem Bevölkerungszuwachs wurden die Ressourcen immer knapper und nach der großen Hungerkatastrophe sah sich Chinas Regierung gezwungen, eine staatlich regulierte Geburtenkontrolle einzuführen.



"Carry out family planning, implement the basic national policy"
 Propagandaposter (1986) des Künstlers Zhou Yuwei
 Original als Ölgemälde - www.iisg.nl

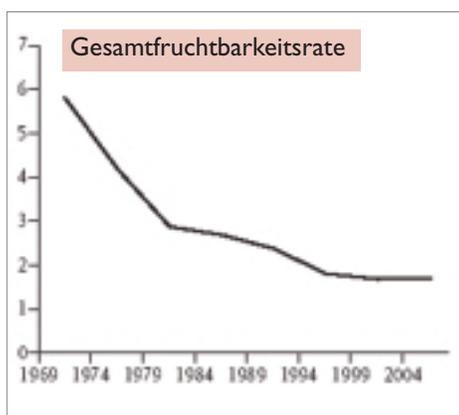
Zunächst existierten einige auf Freiwilligkeit basierende Kampagnen - zwischen 1970 und 1979 hatte die so genannte "spät, lang, wenig" -Kampagne Paare dazu ermuntert, später Kinder zu bekommen, längere Geburtenintervalle einzulegen und insgesamt weniger Nachkommen zur Welt zu bringen. Familienplanungs-Helfer besuchten die Familien zu Hause, klärten über Verhütungsmittel auf und stellten sie kostenlos zur Verfügung. Begleitet wurde das Regelwerk der frühen Aufklärungskampagnen durch Plakate, die oft

von namhaften Künstlern gestaltet wurden und Slogans wie "eins ist besser" verbreiteten. Sie wurden in öffentlichen Glaskästen und Gemeindesälen ausgehängt.

Obwohl diese erste antinatalistische Politik mit wenig Sanktionen auskam, war sie - und das ist weit- hin unbekannt - recht erfolgreich: In den 1950-er und 1960-er Jahren hatte die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (=Gesamtfruchtbarkeitsrate) bei etwa 6 Kindern gelegen, im Jahr 1979 waren es nur noch 2,9. Dessen ungeachtet wurde im selben Jahr die so genannte Ein-Kind-Politik (EKP) gestartet. Von nun an war den meisten Paaren die Geburt von nur einem Kind erlaubt, wer mehr Kinder zur Welt brachte wurde finanziell bestraft und riskierte außerdem den Verlust von Wohnung und Arbeitsplatz. Die EKP wurde als Instrument mit etwa 20 bis 30 Jahren Laufzeit gestartet, als erstes Ziel sollten die Geburtenraten so gedrückt werden, dass China zum Milleniumswechsel 2000 nicht mehr als 1,2 Milliarden Einwohner zählen würde. Dieses Ziel wurde - glaubt man den amtlichen Statistiken - nur knapp verfehlt, die Volkszählung registrierte 1,27 Milliarden Einwohner.

Die Ein-Kind-Politik heute

Im Januar 2005 feierte China die Geburt ihres 1,3-milliardsten Landesbürgers. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate scheint sich bei 1,7 einzupendeln - ein Wert, der im Vergleich zu westlichen Industrienationen gar nicht so hoch ist (der Durchschnitt für die EU-25 liegt bei etwa 1,5). Was die Geburtenzahlen angeht, zeigt die EKP also Wirkung. Man geht davon aus, dass in den letzten drei Jahrzehnten etwa 300-340 Millionen Geburten verhindert wurden. Den Geburtenrückgang einzig



auf die EKP zurückzuführen, ist allerdings problematisch. Ein Rückgang ist auch in anderen Ländern Ostasiens zu erkennen: die Gesamtfruchtbarkeitsrate für Singapur liegt etwa bei 1,04, für Japan beträgt sie 1,38.

Was die heutige Handhabung der EKP betrifft, ist eine Beschreibung des Regelwerks schwierig. Der Begriff der EKP wird häufig als zu vereinfacht kritisiert, weil er über die Vielfältigkeit der lokalen Regelungen und Handhabung auf unterster Ebene hinwegtäuscht, die sich hinter dem nationalen Gesetz verbergen. Grundsätzlich kann man jedoch zwischen städtischen und ländlichen Gebieten unterscheiden. Da besonders die urbanen Küstengebiete eine hohe Bevölkerungsdichte aufweisen, ist dort meist nur ein Kind pro Paar erlaubt. Für die ländliche Bevölkerung sind es meist zwei Kinder, wenn das erste ein Mädchen ist, wobei die Auflage häufig lautet, 4 Jahre bis zur Geburt des zweiten Kindes zu warten. Minderheiten in China dürfen manchmal auch drei Kinder haben, und für die ländliche Bevölkerung Tibets gibt es keine Beschränkungen. Gerade in letzter Zeit wurden nun einige Ausnahmeregelungen für die urbane Bevölkerung getroffen, die ein zweites Kind erlauben, wenn beide Eltern selbst Einzelkinder sind, wenn das erst geborene Kind eine Behinderung hat oder wenn beide Eltern in risikoreichen Berufen arbeiten (z.B. im Bergbau).

Wegen der großen Dichte an Regelungen ist eine konkrete Darstellung der EKP schwierig, charakteristisch ist jedoch die Sanktionierung von Paaren, die mehr als ein Kind bekommen, falls sie nicht unter eine Ausnahmeregelung fallen. Zur negativen Sanktionierung gehören hohe Geldstrafen und Leistungsentzug sowie Entlassungsdrohungen am Arbeitsplatz. Schon vorab versucht der Kontrollapparat der Kommission zur Familienplanung, Paare zum Gebrauch von Verhütungsmitteln anzuregen bzw. es gibt mitunter Vorschriften zu Pessareinsetzungen und Sterilisationen.

Männliche Nachkommen bevorzugt

Auch wenn die EKP unter dem Blickpunkt der sich verringern den Geburtenzahlen erfolgreich ist, sind neben dem prominenten Problem der demographischen Alterung der Gesellschaft noch andere Begleiterscheinungen bedenklich. Bekannt geworden sind die beiden Thesen der "verwöhnten Einzelkinder" sowie die "Vermännlichung" der Gesellschaft auf Grund einer Geschlechterpräferenz für männlichen Nachwuchs. Tatsächlich zeigt China für die Zahlen der Neugeborenen eine abnorme Sexualproportion, vor allem in jenen Regionen, wo die erlaubte Kinderzahl auf 1 beschränkt ist. Insgesamt liegt die Sexualproportion für China bei 1,17, d.h. auf 1.000 Mädchen werden 1.170 Jungen geboren. Diese deutlich höhere Zahl an männlichen

Babys bewegt sich nicht mehr im Rahmen einer natürlichen Sexualproportion, wo nur geringfügig mehr Jungen als Mädchen geboren werden. Für Österreich etwa liegt diese Zahl aktuell bei 1,05.

Allerdings ist die von der Regierung verlangte Beschränkung auf ein Kind nicht der alleinige Faktor für die schiefe Verteilung zu Gunsten männlicher Nachkommen. Auch andere asiatische Länder ohne EKP zeigen schiefe Verteilungen, da im Sinne der Tradition männliche Nachkommen bevorzugt werden. In Taiwan etwa liegt die Sexualproportion bei 1,19 und damit noch höher als in China, gleiches gilt für Singapur (1,18) und Indien (1,20). Während weibliche Nachkommen oft durch Säuglingsmord "verhindert" wurden, begünstigt die verbesserte Technologie des Ultraschalls die Praktizierung geschlechtsspezifischer Abtreibungen. Mitunter findet die Geburt eines Mädchens auch heimlich statt und geht deshalb nicht in die Statistik ein. Die Auswirkungen einer ungleichen Sexualproportion sind vielfältig, spielen aber vor allem bei der Partnerwahl eine Rolle, wenn für mehr Männer weniger Frauen als potenzielle Partnerinnen auch im Hinblick auf eine Familiengründung in Frage kommen.

Die chinesische Regierung hat dieses Problem der Geschlechterpräferenz erkannt und reagiert nun wieder mit öffentlichen Plakataktionen, die den Paaren nahe legt, ihren Kinderwunsch nicht nur auf männliche Nachkommen auszurichten.

Von der Ein-Kind-Politik zur Zwei-Kind-Politik?

Die erwähnten Lockerungen vor allem im städtischen Bereich lassen vermuten, dass die Zahl der Einzelkinder in China weiter sinken wird. Neue Schätzungen geben an, dass heute nur etwa jedes fünfte Kind in China ein Einzelkind ist, wobei die Gründe hierfür im individuellen wie strukturell-politischen Bereich liegen. Einerseits gibt es die erwähnten Lockerungen im urbanen Raum, mittlerweile akzeptieren aber auch viele wohlhabende Chinesen die Geldstrafen für "illegale Schwangerschaften" (so der offizielle Begriff) als notwendige Gebühr, die sie bereit zu zahlen sind, um sich mehr als ein Kind zu "leisten". Seitens der Regierung fährt man zweigleisig: Einerseits will man den Weg der EKP grundsätz-

lich beibehalten, erst im Jahr 2001 wurde das nationale Gesetz der EKP nach 20-jähriger Vorbereitungszeit(!) tatsächlich verabschiedet und 2002 offiziell implementiert - zu einer Zeit, in der schon offen über ein Auslaufen der EKP als überholte Maßnahme diskutiert wurde. Andererseits lassen vielerlei gesetzlich-administrative Aktivitäten der letzten Jahre (z.B. Umbenennung der Kommission zur Familienplanung) und Direktiven einen graduellen Umschwung vermuten.

Ein Regierungspapier aus dem Jahr 2000 weist auf zukünftige weitere Lockerungen auf lokaler Ebene hin, die nach und nach in Richtung einer Zwei-Kind-Politik gehen sollen.

Manche Lockerungen betreffen aber nicht nur die reine Kinderzahl, sondern berücksichtigen auch die familialen Strömungen einer modernen (meist im urba-

nen Raum ansässigen) Gesellschaft. Im Jahr 2002 etwa wurde in einer der chinesischen Provinzen erstmals gesetzlich erlaubt, dass auch allein lebende Frauen im Heiratsalter mittels künstlicher Befruchtung Kinder gebären dürfen - sicherlich ein Ausdruck für die zunehmende Akzeptanz von Lebensformen außerhalb der Ehe und für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. | **Christine Geserick**

Literatur:

Hesketh, T., Lu, L. & Xing, Zhu Wei (2005). The effect of China's One-Child Family Policy after 25 years. Health Policy Reports, September 2005. S. 1171-1176

Peng, Xizhe (2004) Is it time to change China's Population Policy? China: An international Journal 2, 1. S. 135-149

Hemminki, E et al (2005) Illegal births and legal abortions - the case of China. Reproductive Health 2005, 2, 1. S. 1-8.



Öffentliche Werbung für Mädchen heute. Auf dem Plakat ist zu lesen: "Es macht keinen Unterschied, ein Mädchen oder einen Jungen zu haben. Mädchen können auch die Familienlinie fortsetzen" (Hesketh 2005, S. 1173)

INFO

Kontakt:
Christine Geserick M.A.
Österreichisches Institut für Familienforschung
Tel: +43-1-5351454-11
E-Mail: christine.geserick@oif.ac.at

Neue Publikationen des Österreichischen Instituts für Familienforschung



Das Paar beim Übergang in den Ruhestand Eine qualitative Studie auf der Grundlage der Grounded Theory

Der Übergang in den Ruhestand bedeutet den Beginn einer neuen Lebensphase. Wie die Veränderungen, die mit dem Wegfall der Erwerbstätigkeit einhergehen, individuell und als Paar wahrgenommen und bewertet werden und welche Bewältigungsstrategien zur Anwendung kommen, wird in dieser Publikation untersucht.

Sabine Buchebner-Ferstl: **Das Paar beim Übergang in den Ruhestand. Eine qualitative Studie auf der Grundlage der Grounded Theory.** Zugl.: Diss. Univ. Wien. ÖIF-Schriften Band 14. Wien 2005. ISBN 3-901668-42-X



Migration and the Family in the European Union

This volume contains the papers presented at the Annual Seminar of the European Observatory on the Social Situation, Demography and Family held in Helsinki in June 2002. The Seminar highlighted different aspects of the immigration process, paying special attention to families. Section 1 deals with the demographic aspects of migration, Section 2 focuses on the role of families and relatives in the immigration process, Section 3 addresses the socio-economic situation of migrants, and Section 4 analyses the potential impact of EU enlargement from different perspectives.

Johannes Pflegerl, Sylvia Trnka (eds.): **Migration and the Family in the European Union.** ÖIF-Schriften Band 13. Wien 2004. ISBN 3-901668-41-1



Families in EU-15 Policies, challenges and opportunities

This is the final publication from the EU Observatory on the Social Situation, Demography and the Family regarding developments concerning families in the EU 15 member countries. It comprises the final reports, giving the essentials of the social situation of the family from the point of view of experts from the EU 15 countries before enlargement. The country reports in this volume cover different fields and are integrated in a synthesis report. All European countries face similar problems but these problems vary in their importance. Thus fertility is discussed as well as family forms, including leaving the family household, generational relationships, relationships between family members, especially the situation of young people. Children and the elderly, family policies, measures for reconciling work and family, pension and health systems are also among the numerous issues raised.

Brigitte Cizek, Rudolf Richter (eds.): **Families in EU-15. Policies, challenges and opportunities.** ÖIF-Materialien Heft 23. Wien 2004. ISBN 3-901668-40-3

Alle Publikationen können von der Website www.oif.ac.at heruntergeladen werden oder in gedruckter Version gegen Entgelt bei Frau Edeltraud Pürk bestellt werden: Tel: +43-1-5351454-19 oder E-Mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at

Jahrbuch StadtRegion 2004/05

Anknüpfend an den Artikel "Wenn ein Land altert" in dieser Ausgabe bietet dieses Jahrbuch interessante Einblicke in das Schwerpunktthema "Schrumpfende Städte". In Deutschland sind insbesondere Industriestädte im Osten, aber auch im Ruhrgebiet oder im Saarland im Westen von einer Schrumpfung betroffen. Die Schrumpfung von Städten ist zwar historisch keine Neuheit, wurde aber noch bis vor kurzem politisch und wissenschaftlich ignoriert. Seit dem Jahr 2000 ist der "Umgang mit Schrumpfung" ein politisches Thema in Deutschland. In diesem Jahrbuch, das zweijährlich publiziert wird, werden folgende Facetten behandelt: Kommunalfinanzen in schrumpfenden Städten, Schrumpfungsprozesse in der Geschichte deutscher Städte, städtische und regionale Schrumpfungsprozesse in Nordamerika sowie Restriktion bzw. Perspektiven einer Stadtpolitik unter Schrumpfungsbedingungen. Neben diesen inhaltlichen Schwerpunkten beinhaltet das Jahrbuch auch Kommentare und Rezensionen, die 2003 und 2004 im Bereich der Stadtforschung erschienen sind, sowie Dokumentationen und Statistik (Monitoring der Städte und Regionen).

Norbert Gestring et al. (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/05. Schwerpunkt: Schrumpfende Städte. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005. ISBN 3-531-14599-1

Familie ja, Kinder nein

Der "Monitor" ist ein Newsletter, der einen Überblick über neue Erkenntnisse der Wissenschaft und politische Handlungsansätze gibt. Der vom deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebene Monitor stellt aktuelle Forschungsfragen sowie Vorschläge für nachhaltige Familienpolitik im Rahmen der Allianz für Familie vor. Diese Kooperation von Wissenschaft (Familienforschung Baden-Württemberg) und Politik wurde bisher online präsentiert, liegt nun aber aufgrund der großen Nachfrage auch in Papierform vor. In dieser Ausgabe wurden die ersten drei Newsletter zu den Themen Kinderlosigkeit und Kinderwunsch, Kinderbetreuung sowie Vaterbilder in Deutschland zusammengefasst. Den aktuellen Monitor, der ab dieser Ausgabe unter dem erweiterten Titel "Monitor Familienforschung" erscheint, ist auf der Website des BMFSFJ zu finden und handelt vom Thema: Mütter und Beruf: Realitäten und Perspektiven.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie ja, Kinder nein. Was ist los in Deutschland? Monitor Familiendemographie 1-3, Jg. 2005.

Monitor Familienforschung, Newsletter des deutschen BMFSFJ im Internet: www.bmfsfj.de
E-Mail: poststelle@bmfsfj.de

Masterstudiengang mit Schwerpunkt Familie

Die Fachhochschule Potsdam in Deutschland startet zum Sommersemester 2006 einen Masterstudiengang mit dem Schwerpunkt Familie: "Master of Arts (M.A.) Soziale Arbeit, Schwerpunkt Familie". Das Masterprogramm reagiert auf die vielfältigen Anforderungen und Ansprüche an die Institution Familie und auf die gestiegene Bedeutung, welche Familie im Rahmen komplexer sozialer Wirklichkeiten zukommt. Der Studiengang qualifiziert Fachkräfte der Sozialen Arbeit und im sozialen Feld Tätige für die unterschiedlichsten Aufgaben des hierarchisch differenzierten Berufsfeldes familienbezogener sozialer Arbeit. Der Studiengang bildet interdisziplinär, methodenübergreifend und praxisorientiert aus. Für AbsolventInnen des M.A. eröffnen sich eine Vielzahl von beruflichen Positionen und Aufstiegsmöglichkeiten speziell im Bereich der Jugendhilfe oder für eine wissenschaftliche Laufbahn. Die Projektleitung liegt bei Prof. Dr. Rita Marx (Erziehungswissenschaftlerin, Diplompsychologin und Psychoanalytikerin) und Prof. Dr. Werner Steffan (Dipl. Sozialwissenschaftler).

Das Studienangebot richtet sich an Fachkräfte der Sozialen Arbeit mit mindestens einjähriger Berufserfahrung. Bewerben kann sich, wer über einen sozialwissenschaftlichen Hochschulabschluss (mit der Abschlussnote von mindestens 2,5) sowie Berufserfahrungen in der sozialen Arbeit verfügt. Bewerbungsschluss ist der 5. Jänner 2006.

Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen sind abrufbar über die FH Potsdam unter www.fh-potsdam.de oder über den Master-Studiengang unter www.social-maps.de.

S · E · R · V · I · C · E

INFO

Familie als Team?

Eltern sein gehört zu den schönsten, aber auch schwierigsten Aufgaben. Eltern sind heute in ihrer Erziehung oft verunsichert, nicht zuletzt, weil Rechte und Bedürfnisse der Kinder für sie wichtiger geworden sind. Diese angemessen zu berücksichtigen, aber auch die eigenen Wertvorstellungen in der Erziehung zu vermitteln, ist keine leichte Aufgabe. Die Flut von Elternratgebern machen auf den Bedarf der Eltern an Orientierung und Unterstützung aufmerksam. Zur Förderung der elterlichen Erziehungskompetenzen entwickelte Dr. Johanna Graf im Rahmen ihrer Habilitation und in Zusammenarbeit mit der Psychologin Prof. Dr. Sabine Walper das wissenschaftlich begründete Programm Familienteam®.

Familienteam® richtet sich an Eltern, die sich fragen: Was braucht ein Kind, um sich zu einem glücklichen, selbstbewussten und verantwortungsvollen Menschen zu entwickeln? Wie können wir in unserer Familie trotz der Hektik des Alltags auch in schwierigen Situationen den gegenseitigen Respekt und die Verbundenheit bewahren? Wie gelingt es, den typischen "Fallen" im Familienleben zu entgehen?

WEB: www.familienteam.org

INFO

Aus Ideen Netzwerke knüpfen!

Familienallianz bündelt Ideen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik. Auf der ersten gemeinsamen Veranstaltung der Partner der vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG) ins Leben gerufenen Familienallianz am 14. Dezember 2005 wurden im Rahmen von vier Workshops Vorschläge für Strategien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb erarbeitet. Dabei wurden neben Fragen wie der Kinderbetreuung, Wiedereinstieg und Väterbeteiligung auch die Bedürfnisse älterer Menschen und die von Menschen mit Behinderungen diskutiert. Die gesammelten Vorschläge sollen im kommenden Jahr weiterentwickelt werden. Anregungen und Ideen zu den jeweiligen Themen werden gerne aufgenommen.

Ansprechpartner zu den Workshop-Themen:

- Teleworking-Initiative: WKÖ und Inode, Thomas Heschl, E-Mail: thomas.heschl@inode.at
- Initiative gegen häusliche Gewalt: the Bodyshop, Eva Figge, E-Mail: ef.the-body-shop@web.at
- Kinderbetreuung im Handel und Dienstleistungsgewerbe: Topsy und BMSG, Maria Dinstl, E-Mail: office@topsi.at
- Ideenfindungsworkshop - Themen 2006: Palz & Partner KEG, Mag. Doris Palz, E-Mail: doris.palz@wlb.co.at

Familienallianz: www.familienallianz.gv.at

INDEX beziehungsweise 2005

Den Jahresindex 2005 finden Sie wie alle anderen bisherigen Ausgaben von *beziehungsweise* auf der ÖIF-Homepage www.oif.ac.at unter Publikationen / beziehungsweise.

An dieser Stelle möchte ich allen herzlich für die engagierte Mitarbeit am Informationsdienst *beziehungsweise* danken und freue mich auf ein neues spannendes Jahr.

Christina Luef

IMPRESSUM

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung |
1010 Wien | Gonzagagasse 19/8
Hrsg: BMSG, Mag. Dr. Brigitte Cizek, Mag. Rudolf K. Schipfer
Chefredaktion: Mag. Christina Luef
Foto: Mag. Michael Kinn (S. 2)
DVR: 0855561
Österreichische Post AG / Sponsoring: Post Verlagspostamt: 1010 Wien
Zulassungsnr. 02Z031820S
KONTAKT: christina.luef@oif.ac.at, Tel: +43-1-5351454-21
Gefördert durch das Bundesministerium für soziale Sicherheit,
Generationen und Konsumentenschutz (BMSG)

